

LAND TAGS KURIER



Seite 4:
Gedenken an die Opfer
des Terrorangriffs in Israel
vom 7. Oktober 2023



Seite 11:
Ausschuss berät über
die Absenkung des
Wahlalters in Sachsen



Seite 16:
Sieger des 20. Jugend-
Redeforums im Landtag
kommt aus Sebnitz

Ausgabe
7.23



Sächsischer Landtag



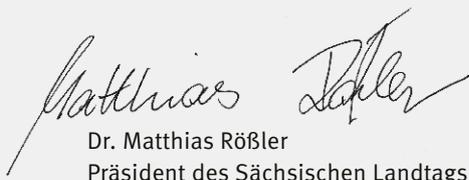
Foto: S. Giersch

Liebe Leserinnen und Leser,

in diesem Jahr fiel der Jahrestag des 9. November auf einen Plenartag. Deshalb habe ich die Gelegenheit ergriffen, um an diesem denkwürdigen Datum an Licht- und Schattenmomente der deutschen Geschichte zu erinnern. Zum 85. Mal jährte sich in diesem Jahr die Reichspogromnacht von 1938. Damals zündeten Nationalsozialisten und ihre SA-Schergen aus menschenverachtendem Hass heraus Synagogen an, zerstörten jüdische Wohnhäuser und Geschäfte. Dem Wüten fielen unzählige Menschen zum Opfer. Gleichwohl waren die Ereignisse nur der Anfang eines vielfach größeren Verbrechens: der millionenfachen Ermordung von Juden in den deutschen Konzentrationslagern.

Angesichts dieses beklemmenden Unrechts spüren wir Deutsche heute eine ganz besondere Verantwortung für das jüdische Volk. Der schreckliche Terrorangriff der Hamas auf den Staat Israel kann uns nicht kaltlassen. Es muss uns geradezu schmerzen, dass an einem einzigen Tag 1200 Menschen barbarisch ermordet wurden! An keinem anderen Tag seit dem Holocaust und seit der Staatsgründung Israels starben mehr Jüdinnen und Juden als an diesem 7. Oktober 2023. Der Sächsische Landtag gedachte den Ereignissen mit einer Schweigeminute am 8. November und erklärte seine Solidarität mit dem jüdischen Volk. Die damit verbundene Debatte können Sie auf den folgenden Seiten des Landtagskuriers ausführlich nachlesen.

Der »Schicksalstag der Deutschen«, wie der 9. November gern bezeichnet wird, kennt aber auch helle Momente. Dazu gehören für mich die Ausrufung der deutschen Republik 1918 und vor allem der Mauerfall im Jahre 1989. Dieses historische Ereignis bildet heute die Grundlage dessen, was wir in Sachsen in den vergangenen drei Jahrzehnten aufgebaut haben. Zu den großen demokratischen Errungenschaften zählt auch unser frei gewähltes Parlament der Sachsen!


Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

| | |
|--|----|
| 78. Sitzung des Sächsischen Landtags »Der Freistaat Sachsen steht unverbrüchlich an der Seite Israels« Landtag gedenkt in Schweigeminute der Opfer des Terrorangriffs in Israel | 4 |
| 78. Sitzung des Sächsischen Landtags Eine Frage der Gerechtigkeit AfD fordert Änderungen am deutschen Asylrecht | 6 |
| 79. Sitzung des Sächsischen Landtags Schwierige Verhandlungen Forderungen nach deutlichem Lohnzuwachs bei Landesbeschäftigten | 7 |
| 79. Sitzung des Sächsischen Landtags Hilferuf von der Bühne Debatte zur Finanzierung der sächsischen Theater und Orchester | 8 |
| 79. Sitzung des Sächsischen Landtags Es brodeln in der Stahlbranche Unternehmen stehen durch schwierige Marktsituation unter Druck | 9 |
| Hintergrundinformationen zur Stahlindustrie in Sachsen | 10 |

PARLAMENT

| | |
|--|----|
| Wahlen in Sachsen schon mit 16 Jahren? Die Fraktion DIE LINKE möchte das Wahlalter bei Landtags- und Kommunalwahlen absenken | 11 |
| Laufende Gesetzgebung | 12 |

AKTUELLES

| | |
|--|----|
| »Kunst braucht die Freiheit.« Interview mit dem Landtags-Architekten Prof. Peter Kulka | 14 |
| Pädagogisches Abenteuer im Sächsischen Landtag Wie Politik für Grundschüler lebendig werden kann | 18 |

JUGEND

| | |
|---|----|
| Kühle Köpfe, heiße Debatten Das 20. Jugend-Redeforum im Sächsischen Landtag | 16 |
|---|----|

SONDERTHEMA

| | |
|---|----|
| Rettung von oben Die Stationen der DRF Luftrettung in Sachsen | 20 |
| Mit großer Schnauze für den Freistaat Zwei Rettungshundestaffeln unterstützen den Katastrophenschutz in Sachsen | 21 |

GESCHICHTE

| | |
|--|----|
| Kirchenherr und Kultusminister Karl von Gerber als herausragender Reformpolitiker des 19. Jahrhunderts | 22 |
|--|----|

SERVICE

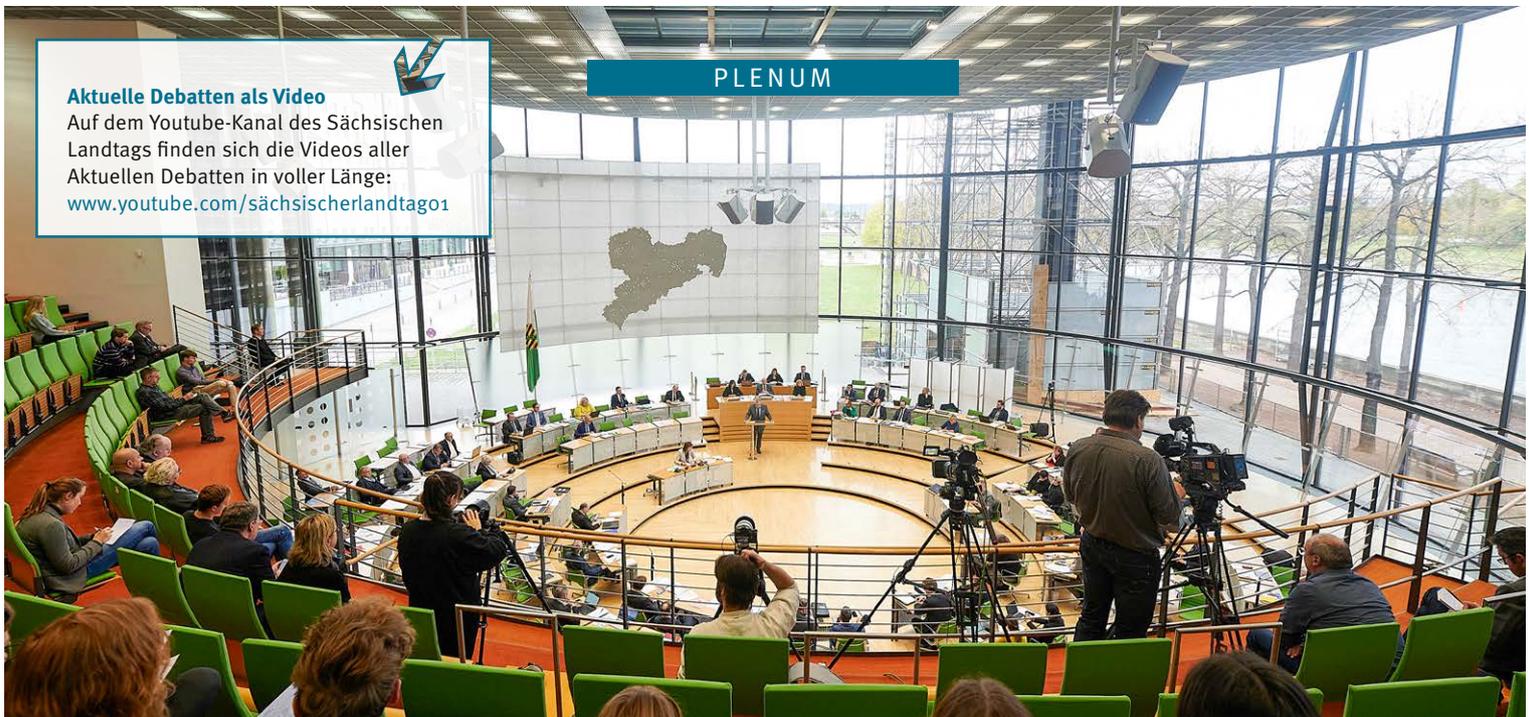
| | |
|---|----|
| Weitere Informationen des Sächsischen Landtags | 24 |
|---|----|

Klares Bekenntnis zum jüdischen Leben in Sachsen



Foto: O. Killig

// Der 7. Sächsische Landtag begann die 78. Sitzung am 8. November 2023 mit einer Schweigeminute und gedachte damit der Terroropfer in Israel. Im Anschluss debattierten die Abgeordneten über die Sicherheit Israels und den wachsenden Antisemitismus in Deutschland und Sachsen. Die zweite Aktuelle Debatte befasste sich mit dem Asylrecht. In der 79. Sitzung am 9. November bildeten die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst, die sächsischen Theater und Orchester sowie die Stahlwirtschaft Schwerpunkte der Debatten. //



Aktuelle Debatten als Video
 Auf dem Youtube-Kanal des Sächsischen Landtags finden sich die Videos aller Aktuellen Debatten in voller Länge:
www.youtube.com/saechsischerlandtag01



// Christian Hartmann

// Carsten Hütter

// Rico Gebhardt

// Franziska Schubert

// Hanka Kliese // Fotos: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

78. Sitzung des Sächsischen Landtags

»Der Freistaat Sachsen steht unverbrüchlich an der Seite Israels«

Landtag gedenkt in Schweigeminute der Opfer des Terrorangriffs in Israel

// Die 78. Sitzung des Sächsischen Landtags am 8. November 2023 begann im Gedenken an die Opfer des Terrorangriffs der Hamas gegen den Staat Israel vor fast genau einem Monat. Das Ereignis gab ebenso der ersten, von der CDU-Fraktion beantragten Aktuellen Debatte ihr Thema. Sie lautete: »Solidarität mit Israel – Jüdisches Leben in Sachsen schützen.« //

CDU: Konsequenter Schutz jüdischen Lebens

Christian Hartmann, CDU, rief zunächst die grausamen Ereignisse des 7. Oktober in Erinnerung. Etwa 1400 Menschen seien von der Hamas getötet oder verletzt worden, 250 Menschen hätte die Terrororganisation zudem verschleppt. Ein solcher Terrorakt sei durch nichts zu rechtfertigen. Sachsen und die CDU-Fraktion stünden an

der Seite Israels. Nicht nur die besondere historische Verantwortung fordere zu dieser Haltung auf. Vielmehr sei es auch ein Gebot der Menschlichkeit und der Empathie. Die antisemitischen Äußerungen auf Demonstrationen in mehreren deutschen Städten kritisierte Hartmann scharf. Er verurteilte ebenso sämtliche Angriffe auf jüdisches Leben. In Sachsen werde man keine Feiern und Solidaritätsbekundungen mit

den Mördern der Hamas dulden. Antisemitische Hetze und das Gutheißen von Verbrechen seien eine Straftat.

AfD: Harte Antworten des Rechtsstaates

Carsten Hütter, AfD, wendete sich in seiner Rede zunächst an die CDU. Seiner Ansicht nach sei deren frühere Politik der offenen Grenzen für zahlreiche Probleme

ursächlich. Doch erst jetzt werde sich darüber beschwert, dass israelische Fahnen in Deutschland verbrannt würden, Menschen mit geringer Bildung zuwanderten und Länder und Kommunen mit der Migration vollkommen überfordert seien. Dabei sei diese Entwicklung seit Jahren zu beobachten gewesen. Die AfD habe unmissverständlich davor gewarnt. Auf einer Pro-Palästina-Demonstration am 14. Oktober in Dresden hätten

zahlreiche Menschen Israel die Existenz abgesprochen. Anstatt gegen die Aussagen und Schilder sofort vorzugehen, habe die Polizei die Vorgänge lediglich im Nachhinein erfasst. Diese Ereignisse seien völlig inakzeptabel und verdeutlichten eine enorme Schiefelage in Deutschland. Sie verlangten nach harten Antworten des Rechtsstaates.

DIE LINKE: Antisemitismus in jeder Form bekämpfen

Es sei richtig und ebenso wichtig, dass heute über die Solidarität mit Israel und dem jüdischen Leben in Sachsen gesprochen werde, erklärte Rico Gebhardt, DIE LINKE. Deswegen wolle er zu Beginn klarstellen, dass DIE LINKE aus Überzeugung gegen jede Form des Antisemitismus kämpfe. Der AfD unterstellte Gebhardt indes, dass sie die Solidarität mit Israel nur vorschiebe, um gegen Muslime zu hetzen. Es gebe zwar Verblendete in der muslimischen Welt und auch im Westen, die das Massaker als Befreiungstat

rechtfertigten. Der feige Mord an Unschuldigen könne jedoch nichts anderes sein als ein Verbrechen. Die Hamas kämpfe nicht für die Rechte der Palästinenserinnen und Palästinenser, die sie selbst unterdrücke, sondern für die Vernichtung des Staates Israel. Der größte Feind, den Jüdinnen und Juden in Deutschland hätten, bleibe jedoch die antisemitische extreme Rechte.

BÜNDNISGRÜNE: Israels Recht auf Verteidigung

Das Pogrom vom 7. Oktober in Israel mache sprachlos und sei für Jüdinnen und Juden eine tiefe Zäsur, so Franziska Schubert, BÜNDNISGRÜNE. In Deutschland und hier in Sachsen dürfe der Schock über das nicht Geglaubte und doch Geschehene nicht in Zurückhaltung, Schweigen, Relativierung oder Rückzug münden. Vielmehr müsse sehr deutlich gesagt werden, wer die Täter seien und welche Konsequenzen daraus folgen müssen. Die Hamas habe durch ein bar-

Gedenkworte von Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler zum Beginn der Plenarsitzung

»Wir alle wurden am 7. Oktober 2023 Zeugen des brutalen Massenmordes in Israel durch Mitglieder der islamistischen Terrororganisation Hamas. Seit dem Holocaust wurden nicht mehr so viele Jüdinnen und Juden an einem Tag getötet wie bei diesen Angriffen. Wir verurteilen die Terrorattacken der Hamas auf das Schärfste! Meine Gedanken sind bei den Angehörigen und Freunden der Ermordeten. Ihnen drücke ich mein tief empfundenes Beileid aus. Ihnen sei versichert, dass der Freistaat Sachsen unverbrüchlich an der Seite Israels steht, an der Seite des jüdischen Volkes. Wir trauern mit Ihnen.«

barisches, unmenschliches und sinnloses Morden immenses Leiden geschaffen. International stehe das Recht Israels, sich gegen die Bedrohung durch seine Feinde mit allen nötigen Mitteln zu verteidigen, außer Frage. In Deutschland und Sachsen brauche es eine klare Haltung gegen jede Form von Antisemitismus. Die Anzahl diesbezüglicher Straftaten sei zuletzt massiv angestiegen.

zu bröckeln. Um den Ausspruch heute mit Leben zu füllen, brauche es mehr als einen politischen Willen. Jede und jeder in Sachsen müsse sich gegen Antisemitismus einbringen.

Staatsregierung: Grundwerte müssen akzeptiert werden

Die Sächsische Staatsregierung verurteile die Sympathiebekundungen und die antisemitischen Äußerungen wie sie auf pro-palästinensischen Kundgebungen und Demonstrationen verbreitet würden, stellte Staatsminister Oliver Schenk, CDU, unmissverständlich klar. Die Bilder von Demonstrationen in vielen deutschen Städten seien unerträglich. Es müsste mit aller Kraft verhindert werden, dass in deutschen Städten wieder Synagogen angegriffen oder Davidsterne an Häuser geschmiert werden. Wer in Deutschland lebe, müsse auch die damit verbundenen Grundwerte teilen. Gerade aufgrund der dunklen deutschen Geschichte gebe es dafür eine besondere Verantwortung. Gewalt in Tat und Wort gegen Jüdinnen und Juden sei weder hinnehmbar noch verhandelbar. Die jüdischen Menschen dürften in diesen Zeiten nicht alleingelassen werden.

SPD: »Nie wieder« mit Leben füllen

Hanka Kliese, SPD, blickte auf die Geschichte des jüdischen Lebens in Sachsen zurück. Nach dem Zivilisationsbruch der Shoa sei das große »Nie wieder« gerufen worden, doch bereits in der sowjetischen Besatzungszone wieder verklungen. Der Antisemitismus Stalins habe Angst und Schrecken in der ehemaligen DDR verbreitet. Dennoch hätten sich Juden eingebracht, um das Land aufzubauen. Sie erlebten einerseits eine israelfeindliche Politik der herrschenden SED und andererseits Menschen mit jüdischen Wurzeln, die die kulturelle Blüte der DDR herbeiführten. Doch auch einige Jahre nach der Wiedervereinigung begann das einst bekundete »Nie wieder«



»Es erschüttert uns, wenn Juden in unserer Nachbarschaft Angst haben.«

// Oliver Schenk

78. Sitzung des Sächsischen Landtags



// Sebastian Wippel // Foto: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

78. Sitzung des Sächsischen Landtags

Eine Frage der Gerechtigkeit

AfD fordert Änderungen am deutschen Asylrecht

// In der zweiten Aktuellen Debatte am 8. November stand das Thema der AfD-Fraktion »Massenmigration ohne Ende: Ist das Grundrecht auf Asyl noch zeitgemäß?« auf der Tagesordnung des Sächsischen Landtags. Die Redebeiträge thematisierten unter anderem die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz zwei Tage zuvor. Diese hatte sich auf härtere Maßnahmen in der Flüchtlingspolitik geeinigt. //

Asylrecht überdenken

Man müsse die Frage stellen, ob das Grundrecht auf Asyl, wie es im Grundgesetz stehe, noch zeitgemäß sei, eröffnete Sebastian Wippel, AfD, die Debatte. In den letzten Jahren seien Millionen an Menschen nach Deutschland gekommen. Sie erhofften sich ein besseres Leben. Gleichzeitig werde Migration als Teil einer hybriden Kriegsführung eingesetzt, um Deutschland zu schwächen oder die Gesellschaft zu spalten. Die Folgen für den Staatshaushalt, aber auch für Schulen oder den Wohnungsmarkt seien enorm.

Ronny Wähner, CDU, lenkte den Blick zuerst auf die Kommunen. Diese würden die hauptsächlichen Auswirkungen tragen, da sie die Flüchtlinge aufnehmen und betreuen müssten. Die Kommunen arbeiteten zum Teil über ihrer Belastungsgrenze. Die Bundesregierung hingegen agiere viel zu zögerlich. Die Beschlüsse der Ministerpräsidenten mit Bundeskanzler Olaf Scholz gingen in die

richtige Richtung und müssten jetzt umgesetzt werden. Ein zentraler Punkt sei der bessere Schutz der EU-Außengrenzen.

International abgesichert

Das Grundrecht auf Asyl sei eine Konsequenz aus den Menschenrechtsverbrechen des Nationalsozialismus gewesen. Die Frage, ob das Asylrecht noch zeitgemäß sei, könnten daher nur Geschichtsvergessene formulieren, bekundete Juliane Nagel, DIE LINKE. Das Grundrecht stütze sich auf internationale Vereinbarungen. Wer seine Abschaffung fordere, der verletze die Genfer Flüchtlingskonvention und breche auch europäisches Recht.

Petra Čagalj Sejdi, BÜNDNISGRÜNE, äußerte ihr Befremden mit der Protokollklärung Sachsens zur bereits erwähnten Ministerpräsidentenkonferenz. Eine Integrationsgrenze stehe dem Asylrecht diametral entgegen. Man könne dieses Recht nicht

einfach begrenzen. Eine humane Bankrott-erklärung sei es auch, Menschen in Drittstaaten abzuschieben. Die Sicherheit der Schutzsuchenden könne in diesem Fall nicht mehr gewährleistet werden. Ein solches Verfahren überschreite eindeutig eine rote Linie.

Abwägung und Humanität

In der gegenwärtigen Situation wünsche er sich seitens der Staatsregierung vor allem Abwägung und Humanität, sagte Frank Richter, SPD. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte bestehe am 10. Dezember seit 75 Jahren. Nach ihr habe jeder Mensch das Recht, in anderen Ländern Asyl zu suchen. Etwa die Hälfte aller abgelehnten Asylanträge des BAMF würden später von den Gerichten kassiert.

Innenminister Armin Schuster, CDU, stellte klar, dass die Akzeptanz für die jetzige Migrationspolitik drastisch zurückgehe. Es brauche dringend einen Kurswechsel. Die Ministerpräsidentenkonferenz habe diesbezüglich wichtige Entscheidungen getroffen. Die Staatsregierung begrüße, dass die Länder finanziell stärker unterstützt und die Grenzkontrollen längerfristig eingerichtet würden. Die Zurückweisungen an der Grenze zeigten Wirkung.



// Susanne Schaper // Fotos: O. Killig



// Armin Schuster

Schwierige Verhandlungen

Forderungen nach deutlichem Lohnzuwachs bei Landesbeschäftigten

79. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

// DIE LINKE eröffnete die Aktuelle Stunde der 79. Sitzung des Sächsischen Landtags am 9. November 2023 mit einer Debatte zum Thema: »Zusammen geht mehr! – Höhere Löhne im öffentlichen Dienst: Wichtiges Signal für laufende Tarifrunden in anderen Branchen!«. Die Gewerkschaft ver.di fordert in den Verhandlungen unter anderem 10,5 Prozent mehr Lohn. //

Beschäftigte und die zu erledigende Arbeit werde auf immer weniger Schultern verteilt. Es könne nicht von gut bezahltem Personal gesprochen werden, wenn es beispielsweise nicht gelinge, ausreichend IT-Fachkräfte zu gewinnen.

Bleibender Reallohnverlust

Die geforderten Lohnerhöhungen seien alles andere als maßlos, argumentierte Susanne Schaper, DIE LINKE. Der Reallohnverlust der vergangenen Jahre würde damit noch immer nicht ausgeglichen. Selbst bei zurückgehender Inflation blieben die Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energie hoch. Die Arbeitgeberseite habe bisher kein Gegenangebot vorgelegt. Das sei ein Affront gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern sowie allen anderen Landesbediensteten.

Peter Wilhelm Patt, CDU, verwies darauf, dass der öffentliche Dienst eine verlässliche Größe für den Freistaat darstelle. Er schaffe die Voraussetzungen für eine leistungsfähige Wirtschaft. Die Gesellschaft wiederum leiste sich den öffentlichen Dienst, damit dieser für sie hoheitliche Aufgaben übernehme, und nicht umgekehrt. Wenn es den Bürgern und den Unternehmen gut ginge, profitierten auch der Staat und seine Beschäftigten. Der Freistaat

Sachsen biete hoch attraktive Bedingungen, die ihn anziehend und interessant machten.

Abgaben zu hoch

Romy Penz, AfD, fragte kritisch, welches Signal nach außen gehe, wenn heute im Landtag über die Tarifverhandlungen debattiert werde. Streik und Unzufriedenheit dürften nicht die Botschaft sein. Zu fairen Löhnen gehörten faire Steuern und Abgaben. Von einem Bruttolohn von 4 000 Euro blieben aber letztlich nur 2 500 Euro übrig. An alle Branchen gehe das Signal, Arbeit lohne sich nicht, weil sich der Staat die Taschen fülle. Ein weiteres Thema seien die vielen Teilzeitbeschäftigten.

Valentin Lippmann, BÜNDNISGRÜNE, führte aus, dass die Gehälter zwischen Ländern einerseits sowie Kommunen und Bund andererseits immer weiter auseinandergingen. Die Ungleichbehandlung habe erhebliche Konsequenzen. Das Land verliere zunehmend

Vorgeschobene Argumente

Die Tarifverhandlungen seien schwierig. Am Ende werde es aber möglich sein, einen Kompromiss zu finden, so Henning Homann, SPD. Das Argument der Arbeitgeberseite, die Löhne dürften nicht steigen, um der Wirtschaft nicht die Arbeitskräfte wegzunehmen, könne er aber nicht verstehen. Auch das Argument, dass sich die Inflation abgeschwächt habe, sei fadenscheinig. Stattdessen sollten beide Tarifvertragsparteien fair miteinander umgehen.

Die geforderten Lohnerhöhungen würden Mehrkosten von jährlich einer Milliarde Euro für den Freistaat Sachsen bedeuten, betonte Innenminister Armin Schuster, CDU. Er sprach in Vertretung von Finanzminister Hartmut Vorjohann, ebenfalls CDU. Die Steigerungen seien für die Länder dauerhaft nicht finanzierbar. Dennoch hätten die Beschäftigten während multipler Krisenlagen in den vergangenen Jahren hervorragende Arbeit geleistet. Dafür verdienten sie große Wertschätzung.

Dr. Daniel Thieme

Hilferuf von der Bühne

Debatte zur Finanzierung der sächsischen Theater und Orchester

79. Sitzung des Sächsischen Landtags

// »Der regionalen kulturellen Vielfalt eine sichere Zukunft geben – Zitterpartie der Theater und Orchester beenden« lautete die zweite Aktuelle Debatte der 79. Sitzung des Sächsischen Landtags. Beantragt hatte sie die Fraktion BÜNDNISGRÜNE. Unter anderem der Landesverband Sachsen im Deutschen Bühnenverein hat in einem Brief gewaltige finanzielle Lücken angezeigt und die Staatsregierung sowie den Landtag um Unterstützung gebeten. //

Weitere Mittel notwendig

Es sei höchste Zeit zu klären, was dem Landtag die sächsische Theater- und Orchesterlandschaft wert sei, hob Dr. Claudia Maicher, BÜNDNISGRÜNE, an. Neben schneller Hilfe müsse es langfristig mehr Realismus und Ehrlichkeit geben. Die Theater und Orchester benötigten Planungssicherheit über den Doppelhaushalt hinaus. Das Bekenntnis zu den bestehenden Standorten und dem Personalstand sei das eine. Es brauche aber weitere Mittel, um innovationsfähig zu bleiben.

Auf das Sächsische Kulturraumgesetz wies Robert Clemen, CDU, hin. Es bilde die elementare Basis für die Finanzierung der Theater und Orchester im Freistaat Sachsen und sei eine Erfolgsgeschichte, lobte er. Die finanziellen Mittel seien von 76,6 Millionen Euro im Jahr 2008 auf jetzt 117 Millionen Euro angestiegen. Man solle also nicht immer alles schlechtreden, was in den vergangenen Jahren gewachsen sei. Die CDU-Fraktion bleibe für die Kulturlandschaft ein verlässlicher Partner.

// Dr. Claudia Maicher



Genauer hinsehen

Die meisten Sachsen fühlten sich von dem, was im Theater angeboten werde, nicht angesprochen, urteilte Thomas Kirste, AfD. Ein aktueller Beleg für ihn sei die Inszenierung der »Dreigroschenoper« am Sächsischen Staatsschauspiel, die als schablonenhaftes Anti-AfD-Wahlkampfstück aufgeführt werde. So etwas dürfe nicht der Zweck der Theaterförderung sein. Seine Fraktion befürworte die Kulturförderung, fordere dabei aber, genau hinzusehen, was unterstützt werde.

Franz Sodann, DIE LINKE, erklärte, er könne die Debatte nicht nachvollziehen. Als regierungstragende Fraktion hätten es die BÜNDNISGRÜNEN selbst in der Hand, die Theater und Orchester auskömmlich zu finanzieren. Seit fast zehn Jahren weise er auf die Schiefelage von Kulturausgaben im Verhältnis zum Gesamthaushalt hin. Es gebe zwar Mittelaufwüchse von rund 5 Prozent, doch bei einer gleichzeitigen Inflation von 8 bis 9 Prozent reiche das keinesfalls aus.

// Franz Sodann // Fotos: O. Killig



Vielfalt erhalten

Frank Richter, SPD, betonte, dass die zu befürchtenden Insolvenzen oder Schließungen ganzer Sparten abgewendet werden müssten. Die sächsische Theater- und Orchesterlandschaft solle in ihrer Vielfalt erhalten bleiben. Es wäre ein Trauerspiel, wenn beispielsweise die Kulturhauptstadt Europas 2025, Chemnitz, ohne ein städtisches Theater in dieses besondere Jahr hineingehen würde. Andererseits dürften auch die freie Theaterszene und der ländliche Raum nicht aus dem Blick geraten.

Kulturministerin Barbara Klepsch, CDU, stellte klar, dass sie sich seit dem Sommer jedes Theater angesehen habe. Alle hätten sich zunächst fragen müssen, was sie selbst beisteuern könnten. Mit dem Finanzministerium befinde sie sich ebenfalls im Gespräch. Doch 9 Millionen Euro zusätzlich lägen nicht einfach so bereit, noch dazu außerhalb eines beschlossenen Haushaltes. Langfristig müsse es das Ziel sein, die Kulturlandschaft zukunftsfest aufzustellen.



Dr. Daniel Thieme

79. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Henning Homann // Foto: O. Killig

Es brodelt in der Stahlbranche

Unternehmen stehen durch schwierige Marktsituation unter Druck

// In der dritten Aktuellen Debatte der 79. Sitzung befasste sich der Sächsische Landtag mit dem Thema »Auf dem Weg zur klimaneutralen Stahlwirtschaft: Mit guten Rahmenbedingungen eine erfolgreiche Transformation für Sachsens starke Stahlbranche gestalten«. Die SPD-Fraktion hatte den Titel auf die Tagesordnung gesetzt. Lesen Sie dazu auch einen Hintergrund auf Seite 10. //

Absenkung der Stromsteuer

Die Stahlindustrie verändere sich gegenwärtig von sich aus, weil es ökonomisch vernünftig sei und sie auch in Zukunft auf internationalen Märkten bestehen wolle, so Henning Homann, SPD. Zu den wichtigsten Themen gehörten für die Unternehmen die Strompreise. Es sei deshalb richtig, dass sich die Bundesregierung am heutigen Tag auf eine Absenkung der Stromsteuer verständigt habe. Dies stärke Investitionen und die Wirtschaftsfähigkeit der einheimischen Industrie.

Die Unternehmen der Stahlbranche wanderten ab, wenn es für Strom und Gas keine wettbewerbsfähigen Preise gebe, gab Jan Hippold, CDU, zu bedenken. Zwar führe kein Weg daran vorbei, dass die Unternehmen grüner werden müssten. Die Wege dorthin seien jedoch aktuell sehr begrenzt oder schlicht unrentabel. Es müsse daher überdacht werden, ob der Staat über eine gewisse Grundkapazität hinaus weiter die Produktion fördern solle.

Keine Energie-Ideologie

An bezahlbarer Energie hänge ein großer Teil unseres Lebensstandards, sagte Mario Beger, AfD. Russisches Gas und die Kernenergie hätten für lange Zeit den Wohlstand gesichert. Mit dem Gerede der kostengünstigen erneuerbaren Energie werde der Bürger aber hinter das Licht geführt. Statt einer ideologisierten Energiepolitik brauche es vernünftige Maßnahmen, die der deutschen Wirtschaft dienen. Der Strompreisirrsinn müsse sofort beendet werden.

Nico Brünler, DIE LINKE, führte aus, dass die sächsischen Stahlhersteller überzeugt seien, mit Ökostrom nachhaltig zu produzieren. Sie forderten vor allem attraktive Rahmenbedingungen. Im Moment erlebe man bei der Politik aber größtenteils Untätigkeit. Die Staatsregierung müsse sich fragen, was sie für ein hinreichend großes Angebot an erneuerbaren Energien getan habe. Die AfD schließlich halte es für eine Art Menschenrecht, möglichst viel fossile Energie zu verbrennen.

Stahlindustrie unverzichtbar

Ein souveränes Europa brauche starke Grundstoffindustrien, beschwor Gerhard Liebscher, BÜNDNISGRÜNE. Um die deutschen Klimaziele zu erreichen, müsse sich die Geschwindigkeit beim Umbau der Industrie verdoppeln. Eine wichtige Rolle auf dem Weg zur Klimaneutralität spiele die sächsische Stahlindustrie. Der auf diese Weise hergestellte Stahl werde für die Transformation aller nachgelagerten Bereiche wie zum Beispiel bei Energie, Bau, Mobilität oder anderer Grundkomponenten benötigt.

Wirtschaftsminister Martin Dulig, SPD, machte deutlich, dass die sächsischen Stahlwerke in einem umkämpften internationalen Wettbewerb stünden, bei dem es keine fairen Verhältnisse gebe. China produziere mithilfe hoher Subventionen. Abwandern dürften die einheimischen Unternehmen nicht, denn sie besäßen für die Wertschöpfung bei uns eine zu hohe Bedeutung. Das Ziel müsse es sein, trotz der Transformation zu CO₂-neutraler Produktion wettbewerbsfähig zu bleiben.



www.landtag.sachsen.de



Hintergrundinformationen zur Stahlindustrie in Sachsen

// Gießbetrieb bei der Schmiedewerke Gröditz GmbH //
Foto: Schmiedewerke Gröditz GmbH

Zentraler Pfeiler der Wirtschaft

Sachsen besitzt eine jahrhundertelange Tradition des Bergbaus und des Hüttenwesens. Seine Industrielandschaft prägen noch heute Elektrostahlwerke, Schmieden und Gießereien. Die Metallerzeugung und -bearbeitung gehört in Sachsen mit einem Anteil von 13,8 Prozent am Industrieumsatz zu den größten Industriebranchen. Stahl bildet den Grundstoff für viele industrielle Wertschöpfungsketten, vor allem für die in Sachsen starke Automobilindustrie, den Maschinenbau und den Bausektor. Eine erfolgreiche Dekarbonisierung der Stahlindustrie ist wiederum die Grundlage für die Transformation aller nachgelagerten Wertschöpfungen.

Die Bedeutung der sächsischen Stahlindustrie spiegelt sich in der Zugehörigkeit des

// Die Umstellung von fossilen auf erneuerbare Energien sowie die Energiepreisentwicklung stellen die Stahlbranche vor zahlreiche Anpassungsaufgaben. Deshalb hat sich die Sächsische Staatsregierung am 6. November 2023 bereits zum dritten Mal mit Vertretern zahlreicher Stahlwerke zum »Sächsischen Stahlgipfel« getroffen. //

Freistaates zur Allianz der Stahlländer wider. Er gehört dem Bündnis seit dem Jahr 2019 an. Weitere Mitglieder sind neben dem Saarland und Nordrhein-Westfalen die Bundesländer Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg. In Sachsen wird fast ausschließlich Elektrostahl hergestellt. Die zum Schmelzen erforderlichen Temperaturen von bis zu 3 500 Grad Celcius werden dabei durch einen elektrischen Lichtbogen oder durch Induktion erzeugt. Die drei größten Elektrostahlwerke stehen in Freital, Gröditz und Riesa. Sie produzieren heute schon weitgehend CO₂-armen Stahl auf Basis von Schrott.

Dritter Stahlgipfel der Staatsregierung

Aufgrund ihres hohen Energieverbrauchs und den damit verbundenen stark gestiegenen Kosten steht die Branche aktuell vor enormen und zum Teil existenzbedrohenden Herausforderungen. Um diese zu erörtern und nach Lösungen zu suchen, fand nach 2019 und 2020 Anfang November 2023 der »Dritte Sächsische Stahlgipfel« im sächsischen Wirtschaftsministerium statt. Die Staatsregierung vertraten dabei Wirtschaftsminister Martin Dulig und Energie- und Klimaschutzminister Wolfram Günther. Mit den Stahlvertretern diskutierten sie über den Ausbau der erneu-

erbaren Energien und der Wasserstoffinfrastruktur, die Entwicklung der Energiemärkte und die Notwendigkeit eines Industriestrompreises sowie Aspekte der Kreislaufwirtschaft.

Entlastung durch Brückenstrompreis

Am Ende des Treffens einigten sich die Teilnehmer auf ein gemeinsames Positionspapier. Darin ist unter anderem festgehalten, dass die hiesige Stahlindustrie einen Brückenstrompreis zur gezielten Entlastung benötigt, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Bundesregierung wählte nur wenige Tage nach dem »Sächsischen Stahlgipfel« einen anderen Weg. Sie beschloss, die Stromsteuer in den Jahren 2024 und 2025 deutlich abzusenken.

Janina Wackernagel

Wahlen in Sachsen schon mit 16 Jahren?

Die Fraktion DIE LINKE möchte das Wahlalter bei Landtags- und Kommunalwahlen absenken

// In einem Gesetzentwurf hat die Fraktion DIE LINKE vorgeschlagen, das Wahlalter in Sachsen herabzusetzen (Drs 7/12706). Der Entwurf sieht unter anderem Änderungen an der Sächsischen Verfassung, dem Sächsischen Wahlgesetz und der Sächsischen Gemeindeordnung vor. Am 25. Oktober 2023 beschäftigte sich der Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung in einer öffentlichen Anhörung damit. //

Fehlende Gesamtperspektive

Der Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Eckart Klein legte anfangs zunächst die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dar. Er meinte, dass bei 16- und 17-Jährigen die Reife und Einsichtsfähigkeit für landes- und kommunalpolitische Fragen nur in Einzelfällen vorliege. Erst mit Anfang 20 gelinge es den meisten Menschen, komplexe Zusammenhänge zu berücksichtigen und kollidierende Interessen abzuwägen. Das Engagement gegen den Klimawandel belege dies nach Ansicht des Sachkundigen deutlich. Es zeuge eher von Kompromisslosigkeit in der

Altersgruppe und weniger von einer Gesamtperspektive. Dem Vorschlag der LINKEN widerspräche zudem, dass rechtlich die Geschäftsfähigkeit erst mit der Volljährigkeit eintrete.

Keine Unterschiede ersichtlich

Der Politikwissenschaftler Arndt Leininger, Junior-Professor an der TU Chemnitz, hob hervor, dass der Gesetzentwurf wohl darauf abziele, in Sachsen die gleichen Voraussetzungen zu schaffen, wie in vielen anderen Bundesländern. Er sprach keine konkrete Empfehlung für ein Wahlalter ab 16 Jahren aus, wies aber auf positive Nebeneffekte eines Absenkens hin: Es sei jungen Menschen schwer zu vermitteln, warum sie zur Europawahl ihre Kompetenz beim Wählen demonstrieren dürften, man ihnen diese zur Landtagswahl jedoch nicht zuerkenne. Die häufig benannte fehlende politische Reife sei



Foto: auremar / stock.adobe.com

in aktuellen Studien zu politischem Wissen und politischem Interesse nicht nachweisbar. Im Vergleich von 16- und 20-Jährigen zeigten sich keine Unterschiede, ebenso wenig beim Vergleich von sächsischen und brandenburgischen Jugendlichen, während letztere bereits wählen durften. Er erörterte sodann, die Auswirkungen auf die Wahlergebnisse dürften zu vernachlässigen sein, aber langfristig könne es positive Effekte auf die Wahlbeteiligung geben.

In anderen Bundesländern möglich

Dr. Dominik Lück, Fachanwalt für Verfahrensrecht, erwiderte, eine Absenkung des Alters für das aktive Wahlrecht auf 16 Jahre sei verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden und werde in mehreren anderen Bundesländern praktiziert. Juristische Gegenargumente seien vor Gerichten in Baden-Württemberg und Thüringen bereits entkräftet

worden. Er führte aus, dass den Jugendlichen die politische Einsichtsfähigkeit nicht grundsätzlich abgesprochen werden könne. Ferner sei die Wahlberechtigung nicht daran geknüpft, sich fortlaufend aktiv mit politischen Debatten zu befassen. Eltern könne nicht unterstellt werden, ihren fast volljährigen Kindern mit Zwang in deren politische Entscheidungsfreiheit einzugreifen. Ob sich Jugendliche stärker von populistischen oder extremen Politikangeboten mitreißen ließen, sei für die Frage des Wahlalters verfassungsrechtlich unerheblich. Im freien Parteienwettbewerb gelte es dann, Jugendlichen gute Angebote zu machen. Das sei doch im Kern demokratisch.

Die kommunalen Spitzenverbände legten schriftliche Stellungnahmen zur Anhörung vor und sprachen sich darin jeweils gegen die Absenkung des Wahlalters aus. Der Verfassungsausschuss wird den Gesetzentwurf in einer seiner nächsten Sitzungen abschließend beraten.

Wortprotokoll der Anhörung



Videoaufzeichnung



ZUM NACHLESEN

LAUFENDE GESETZGEBUNG

| TITEL EINBRINGER | ERLÄUTERUNG | STATUS |
|--|--|--|
| Gesetz zur Absenkung des Wahlalters im Freistaat Sachsen auf das vollendete 16. Lebensjahr (Sächsisches Wahlalter-16-Gesetz) 7/12706 DIE LINKE | Zur Einbeziehung junger Menschen in die Politik soll das Mindestalter zur Wahlteilnahme für die Landtags- und Kommunalwahlen in Sachsen auf das vollendete 16. Lebensjahr festgesetzt werden. | Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung am 25. Oktober 2023 |
| Gesetz zur Stärkung der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst und zur weiteren Änderung dienstrechtlicher Vorschriften 7/13905 Staatsregierung | Der Gesetzentwurf soll eine verdachtsunabhängige Auskunft beim Landesamt für Verfassungsschutz vor einer Berufung in ein Beamtenverhältnis bei der Polizei oder im Justizvollzugsdienst sowie vor der Übertragung einzelner Ämter mit leitender Funktion ermöglichen. | Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Inneres und Sport am 26. Oktober 2023 |
| Gesetz zur Änderung der sächsischen Vollzugsgesetze 7/14270 Staatsregierung | Die Haftbedingungen und Gefangenenrechte in sächsischen Vollzugsanstalten sollen verbessert werden. Zudem enthält der Gesetzentwurf datenschutzrechtliche Anpassungen in den sächsischen Vollzugsgesetzen. | Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung am 25. Oktober 2023 |
| Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum in Sachsen (Sächsisches Zweckentfremdungsverbotsgesetz) 7/14305 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD | Über eine Satzungsermächtigung soll es Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten ermöglicht werden, die Nutzung von Wohnraum für andere Zwecke unter Genehmigungsvorbehalt zu stellen, um so das Gesamtwohnraumangebot erhalten zu können. | Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Regionalentwicklung am 27. Oktober 2023 |
| Gesetz zum Erhalt und zur Verbesserung der sächsischen Agrarstruktur (Sächsisches Agrarstrukturgesetz – SächsAgrStrG) 7/14655 Staatsregierung | Mit dem neuen Gesetz soll eine effektive Bodenverkehrskontrolle geschaffen werden, um die vielfältige Agrarstruktur Sachsens zu erhalten und zu entwickeln, den Zugang zu Agrarflächen für ortsansässige Landwirtinnen und Landwirte zu erleichtern sowie den Erwerb landwirtschaftlicher Flächen durch außerlandwirtschaftliche Investoren zu erschweren. | Überweisung an den Ausschuss für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft (ffd.) sowie den Haushalts- und Finanzausschuss am 6. Oktober 2023 |
| Sächsisches Höfegesetz (SächsHöfeG) 7/14661 Staatsregierung | Kernanliegen des Gesetzentwurfs ist der geschlossene Übergang von landwirtschaftlichen Familienbetrieben auf nur einen Hoferben. Damit soll sichergestellt werden, dass land- oder forstwirtschaftliche Betriebe als Ganzes erhalten bleiben. Im Gegenzug werden die weichenden Erben durch Ausgleichszahlungen abgefunden. | Überweisung an den Ausschuss für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft (ffd.) sowie den Haushalts- und Finanzausschuss am 10. Oktober 2023 |
| Zweites Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Sachsen 7/14800 AfD | In die Sächsische Verfassung soll eine Regelung zur Bildung und Verwendung einer Rücklage zum Haushaltsausgleich aufgenommen werden, um die Inanspruchnahme von Krediten zu begrenzen. | 1. Beratung und Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss (ffd.) sowie den Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung am 9. November 2023 |
| Gesetz zur Weiterentwicklung der Berufsakademie Sachsen und der Sächsischen Hochschule Sachsen 7/14856 Staatsregierung | Schwerpunkt des Gesetzentwurfs liegt in der Weiterentwicklung der Berufsakademie Sachsen zu einer »Dualen Hochschule Sachsen«. Der Hochschulstatus ermöglicht die überregionale und internationale Anerkennung der dualen praxisintegrierenden Bachelor- und Diplomstudiengänge. | Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus am 3. November 2023 |

ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

| TITEL EINBRINGER | ERLÄUTERUNG | STATUS |
|--|---|------------|
| Gesetz zur Änderung des Sächsischen Jagdgesetzes und der Sächsischen Jagdverordnung 7/12815 AfD | Zur Populationskontrolle von Federwild sollte die Gelegebehandlung zugelassen werden. Zudem sollte die Schonzeit der Nilgans zur Bestandsminimierung entfallen. | abgelehnt |
| Fünftes Gesetz zur Änderung der Sächsischen Bauordnung 7/12832 AfD | Um einen vollständigen und insolvenzsicheren Rückbau von Windenergieanlagen nach dauerhafter Aufgabe der zulässigen Nutzung sicherzustellen, sollten Betreiber künftig eine entsprechende Verpflichtungserklärung abgeben und eine Sicherheitsleistung hinterlegen. | abgelehnt |
| Gesetz zur Anpassung stiftungsrechtlicher Vorschriften 7/13448 Staatsregierung | Das Ablösungsgesetz enthält Anpassungen an die neuen stiftungsrechtlichen Regelungen des BGB. Zudem wird die Aufsicht auf nicht steuerbegünstigte Zwecke verfolgende Stiftungen beschränkt. | angenommen |
| Fünftes Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (Sächsische Gemeindeordnung – SächsGemO) 7/13727 AfD | Mit dem Änderungsvorhaben sollte die Direktwahl der Stadtbezirksbeiräte in kreisfreien Städten verpflichtend eingeführt werden. | abgelehnt |

Die »Laufende Gesetzgebung« zeigt den Fortschritt in aktuellen Gesetzgebungsverfahren des Sächsischen Landtags an. Unter »Abgeschlossene Gesetzgebung« sind angenommene und abgelehnte Gesetzentwürfe aufgeführt. Stand: 9. November 2023.

Bauen für die Demokratie

// Modell mit dem geplanten
Kubus im Landtagsinnenhof //
Foto: T. Schlorke

// Prof. Peter Kulka plante vor über 30 Jahren den
Neubau des Sächsischen Landtags. Wenn dem-
nächst zwei weitere Gebäude am Landtagskom-
plex entstehen, dann wird sein Lebenswerk
nicht nur fortgeführt, sondern auch vollendet. //

»Kunst braucht die Freiheit.«

Interview mit dem Landtags-Architekten Prof. Peter Kulka

// Der Architekt vor der Freitreppe des Landtagsneubaus // Fotos: T. Schlorke

// In diesem Jahr beschloss das Präsidium des Sächsischen Landtags, den Landtagskomplex am Dresdner Elbufer zu sanieren und zu erweitern. Die beiden neuen Gebäude plant der Architekt Prof. Peter Kulka. Er erdachte bereits vor über 30 Jahren den Landtagsneubau mit Plenarsaal. Über die neuen Pläne und Hintergründe sprachen mit ihm die beiden Landtagskurier-Redakteure Dr. Daniel Thieme und Katja Ciesluk. //

Vor wenigen Wochen ist der Neubau des Sächsischen Landtags 30 Jahre alt und unter Denkmalschutz gestellt worden. Die ersten Plenarsitzungen fanden am 14. und 15. Oktober 1993 statt. Welche Gedanken kommen Ihnen, wenn Sie auf die vergangenen 30 Jahre zurückschauen?

Das ist wie das Leben, nicht gleichbleibend. Es ist so, wie wenn ein Mensch auf die Welt kommt und alle Phasen des Lebens durchmacht. Bis hin zum Erwachsenwerden. Ich bin ja mitgewachsen und mitgealtert. Die Architektur ist Abbild von Leben. Die Entstehungszeit war eine Zeit des Aufbruchs und der Hoffnung. In dem Neubau steckt eine ganze Menge von Träumen und Wünschen drin – das Gebäude verkörpert Transparenz und Offenheit.

In den kommenden Jahren soll der Landtag erweitert

und angebaut werden. Was bedeutet das für Sie?

Durch die neuen Anforderungen, die sich ergeben, schaut man wieder genauer hin. Natürlich auch auf die Schwachstellen – so wie bei einem Bild. Nehmen Sie einmal den Maler Gerhard Richter. Er wird auch nicht erst auf das Urteil der Leute warten, sondern sein Werk zuerst selbst beurteilen. Das geht mir genauso. Wir sind sehr dankbar, dass wir erneut das Vertrauen des



Freistaates Sachsen, der Stadt Dresden und des Sächsischen Landtags gewonnen haben.

Die jetzige Situation des Weiterbaus bietet die Chance, das gesamte Ensemble an diesem einmaligen Ort zu vervollständigen. Die Bezüge zwischen den bereits entstandenen und neu entstehenden Bauten werden durch begrünte Freiräume gestärkt. Es bietet sich die Möglichkeit, ein Landtagsensemble als »Stadt in der Stadt« zu entwickeln – der Kubus inmitten des bisherigen Landtags als Kommunikationszentrum und der Anbau auf der Freifläche vor dem Erlweinspeicher für die tägliche Büroarbeit, unterirdisch mit dem Bestand verbunden.

Zusätzlicher Raumbedarf, neue ökologische und technische Anforderungen sowie erhöhte Sicherheitsbestimmungen stehen im Fokus des Planungsprozesses, ohne die Offenheit und Transparenz infrage zu stellen –

ein Landtag braucht trotz allem einen einladenden Charakter.

Ihre Familiengeschichte ist eng mit Dresden verbunden. Welche Erinnerungen haben Sie daran?

Mein Vater war Architekt, er war Schüler von Wilhelm Kreis. Er war ein Bauernjunge, der sich kurz vor dem Zweiten Weltkrieg in Dresden selbstständig gemacht hat. Zuvor hatte er bereits in sehr guten Architekturbüros gearbeitet, unter anderem auch am Bau des Hygiene-Museums mitgewirkt. Leider ist er am Ende des Krieges gefallen. Als der Krieg begann, hatte er es gerade geschafft, größere Aufgaben zu übernehmen. Meine Mutter war Architektin, sie hat das Geschäft mitgeführt. Als ältester Sohn musste ich früh selbstständig werden und meinen Weg gehen.

Wenn Sie heute durch den Landtag gehen oder außen entlang, gibt es eine Sache, die Sie heute anders machen würden?

Es gibt einen Punkt, über den ich mich bis heute ärgere. Es handelt sich um die Beleuch-

Neubau des Sächsischen Landtags unter Denkmalschutz

30 Jahre nach der Fertigstellung stellte Landeskonservator Alf Furkert am 27. September den Neubau des Sächsischen Landtags unter Denkmalschutz. Es ist das erste nach 1990 errichtete Gebäude, das diesen Schutzstatus erhält. Die Konstruktion aus Stahl, Glas und Beton, die in nur zwei Jahren Bauzeit entstand, plante der Dresdner Architekt Prof. Peter Kulka. Er bekam dafür mehrere Auszeichnungen, unter anderem den Preis des Bundes Deutscher Architekten (1994) sowie den Deutschen Stahlbaupreis (1994), verliehen. Der Neubau ist gestalterisch und funktional mit dem Altbau des Landtags verbunden, der ebenfalls unter Denkmalschutz steht.

»Der Erweiterungsbau des Sächsischen Landtags wurde wegen seiner landesgeschichtlichen, auch baugeschichtlichen sowie künstlerischen und städtebaulichen Bedeutung als Kulturdenkmal des Freistaats Sachsen erfasst«, begründete Alf Furkert die Entscheidung. Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller sagte: »Der Neubau des Parlaments mit dem gläsernen Plenarsaal ist ein architektonisches Wahrzeichen unserer nach der Friedlichen Revolution neu aufgebauten Demokratie in Sachsen.« Die Denkmalplakette sei deshalb



// Dr. Matthias Röbller, Prof. Peter Kulka und Alf Furkert // Foto: S. Floss

nicht nur eine Unterschutzstellung, sondern auch eine Ehrung für das Parlamentsgebäude.

Vor etwas mehr als 30 Jahren verabschiedete der Landtag das Sächsische Denkmalschutzgesetz. Dem Parlament war es damals ein großes Anliegen, besondere Bauten zu schützen, zu pflegen und Gefahren von ihnen abzuwenden.



Foto: S. Füssel

tion des Plenarsaals und deren Spiegelung in der Dunkelheit, die durch die Geometrie des runden Raumes entsteht. Ich wünsche mir sehr, dass wir jetzt doch noch eine bessere Lösung dafür finden werden, ohne die Transparenz aufzugeben.

Aus welchem Verständnis heraus entstand damals der Landtagsneubau an der Elbe?

Dieser Bau war aus der Überzeugung heraus gedacht, dass die Euphorie der Anfangszeit vieles leisten kann. Die Klarheit und Ablesbarkeit des baulichen Gefüges sind die Bescheiden-

heit des Ausdrucks. Zum Beispiel war der Sächsische Landtag der erste Landtag, der die Bannmeile ums Gebäude aufgelöst hat. Das fand ich ein gutes Signal für

die neu gewonnene Demokratie. Der Bau sorgte über die Grenzen Deutschlands hinweg für Aufmerksamkeit und Manfred Sack titelte im Feuilleton der »Zeit«: »Hereinspaziert«.

Ist die zurückhaltende, klare Gestaltung demokratischer Bauten noch zeitgemäß? Müssten sie sich angesichts der Krise der Demokratie heute nicht viel auffälliger im öffentlichen Raum präsentieren?

Die Wiedervereinigung Deutschlands und die Wiedergewinnung der Demokratie im Ostteil war ein Glücksfall. Also, wer hat daran geglaubt, dass diese Wiedervereinigung jemals stattfinden wird? Es hat uns alle über-

rascht. Wir haben damals nach 1990 von Hoffnung und Euphorie gelebt. In so einer Situation ist man gerne gewillt, das idealistisch in die Zukunft zu projizieren. Ich fand aber diese Bescheidenheit und Schlichtheit als Gestaltungsmerkmal aus tiefster Überzeugung sehr angemessen.

Demokratische Schlichtheit grenzt sich ja auch von der Monumentalität der Diktatur ab ...

Diktaturen schaffen nicht selten überhöhte und radikale Monumentalität – im Gegensatz zur Demokratie, die aus Überzeugung vielfältig ist. Und das ist gut so, weil dadurch auch den unterschiedlichen Meinungen der Bürger Rechnung getragen wird und Diskussionen möglich sind. Alle Kunst, auch die Baukunst, braucht die Freiheit.



LANDTAGSSANIERUNG – UND ERWEITERUNG

www.landtag.sachsen.de/de/service/landtagsgebaeude/erweiterung-und-sanierung-27599.cshtml

KÜHLE KÖPFE, HE

Das 20. Jugend-Redeforum im Sächsischen Landtag

07:50 Uhr

Vor den Glastüren des Neubaus stehen eine Handvoll Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrern. Sie sind den Weg aus Löbau in den Sächsischen Landtag gekommen und gehören zu den 36 Akteuren der Klassenstufen 9 bis 12, die heute an der 20. Auflage des Jugend-Redeforums teilnehmen. Durch die Türen können sie schon das rege Treiben erkennen. Hinter dem Glas, im Inneren des Gebäudes, werden noch die letzten Vorbereitungen getroffen, Absprachen getroffen und eifrig einige Kabel getauscht. Um kurz nach 8 Uhr öffnen sich die Türen des Landtags zum 20. Jugend-Redeforum. Es findet seit 2003 regelmäßig im Parlament der Sachsen statt.

// Aus ganz Sachsen und dem südlichen Brandenburg kamen Schülerinnen und Schüler am 4. November 2023 in den Sächsischen Landtag. Beim 20. Jugend-Redeforum traten sie in verschiedenen Debatten gegeneinander an und lieferten sich mit ihren Mitstreitern einen argumentativen Schlagabtausch. //



10:20 Uhr

Die erste Diskussion ist bereits in vollem Gang. Das Thema der Diskussion steht hier nur beispielhaft im Raum, denn die Teilnehmer schweifen gern auch ab und gehen über die Anforderungen hinaus. Aus »Sollte es nur noch vegetarisches Essen an Schulen geben?« wird schnell eine Kritik an der Massentierhaltung. Andere argumentieren, fleischfreie Kost sei ein Trick, um Essen an Schulen billiger zu machen. In den weiteren Gruppendiskussionsrunden

am Vormittag geht es von Migrationsbegrenzungen über künstliche Intelligenz bis hin zur Mobilität.

Die Argumentationen in den Diskussionsrunden sind so vielseitig wie die Jugendlichen selbst. Manch einer versucht es mit Humor: »Um meinen Physiklehrer zu zitieren: ›Wenn man nicht weiß, wie es geht, muss man wissen, wo es steht!‹« Ein anderer berichtet aus persönlichen Erfahrungen und wieder ein anderer nutzt Metaphern

09:20 Uhr

Inzwischen eröffnet Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler das 20. Jugend-Redeforum offiziell, und nach einigen abschließenden Instruktionen zum Modus startet der Tag für die Teilnehmer schließlich um 9:45 Uhr. In der Lobby steigt die Anspannung minütlich, einige Füße wippen aufgeregt auf dem Boden, die Finger trommeln auf den Tischen, das ruhige Stehen wird für einige zur Schwierigkeit. »Ich will heute mein Bestes geben«, erzählt ein Schüler der 11. Klasse. Er freut sich auf die Debatten und wartet gespannt, welche der vielen Themen er wohl bekommt.



ISSE DEBATTEN

über Indiana Jones, was später von der Jury besonders hervorgehoben wird. »Wir dürfen die Informationen nicht auf dem ›Silberteller‹ serviert bekommen, ganz ohne Quellenangaben«, so ein Schüler während einer Diskussion über den Einsatz von künstlicher Intelligenz für wissenschaftliche Zwecke. »Es sind solche starken Statements, die im Saal nachhallen«, wird Jurymitglied Bernhard Holfeld in der Auswertung danach loben.

13:15 Uhr

An die Diskussionsrunde schließt sich eine Mittagspause an, die Schüler, aber auch Pädagogen für einen intensiven Austausch nutzen. Im Hintergrund werden zügig die Punkte der einzelnen Teilnehmer zusammengezählt. Dann ist es endlich so weit: Auf dem großen Bildschirm, der bis dato nur die Aufschrift »Herzlich willkommen« getragen hat, sind die Namen der besten zehn dunkel hinterlegt.

Binnen Sekunden stehen dutzende Schüler um den Bildschirm herum, die Hälse strecken sich, damit auch die hinteren den Bildschirm erkennen können. Viele freuen sich und gratulieren einander. Diejenigen, die es nicht ins Finale geschafft haben, wünschen den Finalisten viel Erfolg. »Mein Wunschthema für die Diskussion habe ich zwar nicht behandeln können«, erklärt ein Schüler, mit dem Einzug ins Finale sei er aber sehr zufrieden.

14:00 Uhr

Nach und nach ziehen die Finalisten nun die Reihenfolge, in der sie über ein bisher unbekanntes Thema eine dreiminütige, freie Rede halten müssen. Zur Vorbereitung haben sie nur zehn Minuten Zeit. Ein letztes Briefing, dann beginnt der

Nachmittag und damit das Finale für die übrigen Teilnehmer. Währenddessen füllt sich auch der Plenarsaal, Schauplatz der Endrunde, wieder. Kaum ein Sitz bleibt frei, sodass auch die Besuchertribüne genutzt werden muss. Die übrigen Teilnehmer, Gäste, aber vor allem auch die Lehrer tauschen sich noch rege aus. Der erste Redner wird angekündigt und die Menge verstummt. Der Verlauf des Nachmittags hält für die Finalisten und Zuhörer spannende Themen bereit, so setzt sich eine Teilnehmerin mit Meinungsvielfalt auseinander, während es im darauffolgenden Beitrag darum geht, ob der Besuch eines Konzentrationslagers in der Schulzeit ausreicht, um Antisemitismus wirksam zu bekämpfen. Weiter geht es mit der Notwendigkeit von Zeitungen im 21. Jahrhundert oder ob man als Aktivist für Klimaschutz trotzdem einen Urlaubsflug machen darf.

15:15 Uhr

Nach zehn Reden, die thematisch wohl unterschiedlicher hätten kaum sein können, zieht sich die Jury zurück, um die drei Bestplatzierten zu küren. Im Plenarsaal sorgt derweil eine Tanzgruppe der Sabel Schulen Freital für gute Laune, in der Lobby stehen Kaffee und Kuchen bereit.

Auf Platz drei landet schließlich Hannah Gottmann (11. Klasse) vom Romain-Rolland-Gymnasium Dresden. Sie sprach darüber, wie man Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen vorbeugen kann. Platz zwei erreichte Jakob Paridon (11. Klasse) vom Gymnasium Dresden-Klotzsche mit dem Thema »Weniger Arbeiten, mehr Leben – Sieht so die künftige Arbeitswelt aus?«. Der Sieger heißt am Ende Lukas Adam (10. Klasse) vom Goethe-Gymnasium in Sebnitz. In seiner Gewinnerrede beschäftigte er sich damit, ob wir Handel mit Diktaturen führen sollten. Die Jury fand seinen Vortrag besonders gelungen, auch wenn die Entscheidung nicht leichtgefallen sein dürfte.



// v. l. n. r.: Lukas Adam, Hannah Gottmann, Jakob Paridon, unten: Jurymitglieder der 20. Auflage des Jugend-Redeforums im Plenarsaal // Fotos: T. Schorke



Pädagogisches Abenteuer im Sächsischen Landtag

Wie Politik für Grundschülerinnen und -schüler lebendig werden kann



ANGEBOTE DES BESUCHERDIENSTES

<https://www.landtag.sachsen.de/service/besuch-im-landtag/fuehrungen-vor-ort-9145.cshtml>

// Angehende Grundschullehrerinnen und -lehrer während einer Führung // Foto: N. Millauer

Gespannt betreten die angehenden Grundschullehrerinnen und -lehrer den Sächsischen Landtag. Sie wissen, dass sie heute keine gewöhnliche Besucherführung erleben werden. Stattdessen erwartet sie etwas Besonderes: eine Führung, die ihnen zeigt, wie ein Landtagsbesuch speziell für Grundschülerinnen und -schüler aufgebaut ist. Ole Schütze, 23-jähriger Besucherführer und selbst angehender Lehrer, möchte sie durch den Landtag führen und ihnen dabei die didaktischen Grundlagen seiner Führung erläutern.

Im Bürgerfoyer des Landtags erklärt Ole Schütze zunächst die Geschichte und Architektur des Gebäudes anhand eines Holzmodells. Nach seiner Erfahrung seien die Kinder besonders interessiert, wenn sie hörten, dass der Neubau einem Elbdampfer nachempfunden ist und sich der Plenarsaal dort befindet, wo man bei einem Schiff die Brücke vermuten würde. Denn im Plenarsaal werden, wie auf der Brücke eines Schiffes, alle wichtigen Entscheidungen getroffen.

// Der Sächsische Landtag ist nicht nur für ältere Kinder, sondern auch für Grundschülerinnen und -schüler ein interessanter Lernort. Angehende Lehrerinnen und Lehrer haben sich davon ein Bild gemacht. Der Besucherführer Ole Schütze hat ihnen bei einem Rundgang durch das Parlament erklärt, worauf er bei Führungen für Grundschulen achtet. //

Politisches Grundverständnis vermitteln

Während der Führung erklärt Ole den angehenden Grundschullehrerinnen und -lehrern, worauf er besonders achten muss, wenn er Grundschülerinnen und -schüler durch den Landtag führt. Er betont, dass es ihm wichtig ist, den Grundschülerinnen und -schülern einen einfachen Politikbegriff zu vermitteln. Er beschränkt sich darauf, zu erklären, dass im Landtag Entscheidungen getroffen werden, die für alle Menschen in Sachsen gelten.

Im Plenarsaal, dem »Herzstück des Sächsischen Landtags«, angekommen, dürfen die angehenden Lehrerinnen und Lehrer für einige Minuten in die Rolle von Abgeordneten

schlüpfen, um über ein selbst gewähltes Thema zu debattieren – so wie es die Grundschülerinnen und -schüler sonst auch tun. Meistens, erzählt Ole, nutzen die Kinder ihre neu gewonnene Macht, um Hausaufgaben, einzelne unliebsame Schulfächer oder gleich ganze Schultage abzuschaffen. Doch egal, was am Ende dabei herauskommt, für ihn ist etwas anderes entscheidend: »Mir ist wichtig, dass die Kinder einen Wow-Moment erleben, wenn sie da stehen, wo sonst die echten Politiker ihre Reden halten«, erklärt Ole.

Lernen durch Anfassen

Hanna Mausolf, angehende Grundschullehrerin mit den

Fächern Deutsch und Musik, ist beeindruckt, wie Ole seine Führungen für Grundschulen gestaltet. Schließlich kann sie sich gut vorstellen, dass die Kinder zu Hause mit ihren Eltern nicht so viel über Politik reden. Deshalb betont sie, wie wichtig es ist, die Kinder auf einen gemeinsamen Wissensstand zu bringen. »Ole versucht zu schauen, wie viel die Kinder schon wissen, um dann darauf aufbauend ihr Wissen zu erweitern. Das gefällt mir sehr gut«, sagt die 21-Jährige.

Sie glaubt, dass das Gebäude an sich schon einen besonderen Eindruck auf die Kinder macht. Außerdem würden sich viele Kinder sicher freuen, einmal im Plenarsaal Platz nehmen zu dürfen: »Davon werden sie zu Hause bestimmt begeistert erzählen«, vermutet sie. Auf die Frage, ob es sinnvoll sei, schon Grundschüler durch den Landtag zu führen, antwortet Hanna überzeugt: »Ich finde es besser, die Kinder früh mit dem Landtag in Kontakt zu bringen, weil man sie in diesem Alter noch leicht für Politik begeistern kann.«

Allzeit bereit für die Menschen im Freistaat



// Zahlreiche Organisationen und Akteure sorgen dafür, dass Sachsen auf Not- und Gefahrenlagen angemessen reagieren kann. Zwei von ihnen sind die Luftrettung und die Rettungshundestaffel. Sie stellen ihre Arbeit im Rahmen eines Sonderthemas im Landtagskurier vor. Die Novelle des Sächsischen Katastrophenschutzgesetzes wird gegenwärtig im Parlament beraten. //

Rettungshubschrauber »Christoph 38«
landet vor dem Sächsischen Landtag. //
DRF Luftrettung, Foto: Tino Plunert



// Windentraining der Station Bautzen // DRF Luftrettung, Foto: Maike Glöckner

Marcia Kantoks

Rettung von oben

Die Stationen der DRF Luftrettung in Sachsen

// Die DRF Luftrettung ist mit zwei Luftrettungsstationen in Dresden und Bautzen ein wichtiger Teil der sächsischen Notfallrettung. Für einen Katastrophenfall hält die DRF Luftrettung in Bautzen zusätzliche Ausstattung bereit. //

Retterhubschrauber »Christoph 38« der Station Dresden ist täglich von frühestens 7 Uhr bis Sonnenuntergang für die Rettung aus der Luft im Einsatz, »Christoph 62« der Station Bautzen ist eine von deutschlandweit elf Luftrettungsstationen der DRF Luftrettung im 24-Stunden-Betrieb. Neben dem Piloten sind jeweils ein Notfallsanitäter und ein Notarzt mit an Bord. Bei nächtlichen Alarmierungen kommen zwei Piloten mit Instrumentenflugberechtigung zum Einsatz, die mit hochmodernen Nachtsichtgeräten ausgerüstet sind. Beide Rettungsmittel können Einsatzorte im Umkreis von 70 Kilometern innerhalb weniger Minuten erreichen, um Notärzte schnell zu den Patienten zu bringen und diese zügig in das für sie am besten geeignete Krankenhaus zu fliegen. »Christoph 62« ist darüber hinaus mit der Aufgabe dringlicher Verlegungsflüge im Freistaat Sachsen betraut.

»Christoph 62« verfügt über eine fest installierte Rettungswinde mit 90 Metern Seillänge, die bei der Rettung aus der Luft in anspruchsvollem Gelände ohne Landemöglichkeit genutzt wird, unter anderem in den

Gebieten der Sächsischen Schweiz, des Lausitzer und Zittauer Gebirges sowie des Erzgebirges. Diese Regionen weisen eine ganz eigene topografische Charakteristik auf, die spezielle Anforderungen an die Wind- und Bergrettung stellt und entsprechend in den Windentrainings, die zweimal pro Jahr stattfinden, berücksichtigt wird. Beim Windentraining der Bautzener Station der DRF Luftrettung im Herbst 2023, das gemeinsam mit den Partnern von Bergwacht und Berufsfeuerwehr Bautzen stattfand, wurde erstmals neben dem klassischen Windeneinsatz auch die Rettung mit der Winde aus Gewässern trainiert. Mit dem erfolgreichen Abschluss des Trainings fiel der Startschuss für die luftgestützte Wasserrettung an der Station Bautzen. Die rot-weißen Luftretter erweiterten so ihr Portfolio dauerhaft um eine weitere Kompetenz für schnelle und sichere Rettungen in der Region.

Die DRF Luftrettung und der Katastrophenschutz

Um Menschen in Katastrophenfällen schnell und unbürokratisch helfen zu können, bietet die DRF Luftrettung seit dem 1. Oktober 2021 bundesweit den zuständigen Behörden ihre Unterstützung mit zwei Hubschraubern an. Die Ausstattung hierfür wird unter anderem an der Luftrettungsstation Bautzen bereitgehalten. Während der Coronapandemie stand an der Station Bautzen von Dezember 2020 bis Frühjahr 2021 und von November 2021 bis Februar 2022 ein zusätzlicher Hubschrauber zur Verfügung. Die Maschine mit dem Funkrufnamen »Christoph 114« sollte die Notfallversorgung insbesondere im ostsächsischen Raum stärken sowie »Christoph 62« für Patiententransporte entlasten.

Großflächige Brände, Erdbeben, Hochwasser – im Katastrophenfall entscheidet schnelles und engagiertes Handeln oftmals über das Leben und die Gesundheit von Menschen. Je nach Katastrophenszenario kann das Rettungsmittel mit entsprechender Besatzung und Ausstattung von Bautzen aus bundesweit alarmiert werden.



Axel Klemmer

Mit großer Schnauze für den Freistaat

Zwei Rettungshundestaffeln unterstützen den Katastrophenschutz in Sachsen



// Hund bei der Trümmersuche

// Bei bestimmten Gefahrenlagen kommt es auf das feine Gespür von Rettungshunden an. Sie sind etwa dann im Einsatz, wenn Personen unter schwierigen Bedingungen geortet werden müssen. Die Rettungshundestaffel Sachsen-Ost e.V. stellt die Arbeit der »Helfer auf vier Pfoten« im Landtagskurier vor. //

Standorte und Ausbildung

Die BRH Rettungshundestaffel Sachsen-Ost wurde 1991 als erste Rettungshundestaffel der neuen Bundesländer in Radebeul gegründet. Sie ist Mitglied im größten und ältesten rettungshundeführenden Verband Deutschlands, dem BRH Bundesverband Rettungshunde e.V. Unsere Staffel verfügt derzeit über 30 ehrenamtlich engagierte Mitglieder aus dem Großraum Radebeul, Dresden und Pirna. Dem Bundesverband Rettungshunde gehören im Freistaat insgesamt fünf Staffeln an, diese sind beheimatet in Kamenz, Zwickau und in den Landkreisen Leipzig und Mittelsachsen.

Durch die feinen Nasen der Rettungshunde können vermisste Personen in unwegsamem und unübersichtlichem Gelände, eingestürzten Gebäuden und unter Trümmern zuverlässig und schnell geortet werden. Die hierfür notwendige Ausbildung eines Rettungshundeteams dauert circa zwei bis drei Jahre und umfasst neben der Ausbildung des Hundes auch die Grundausbildung der Einsatzkräfte. Diese besteht unter anderem aus Sanitätsausbildung, digitalem Behör-

denfunk, Orientierung, Grundlagen der biologischen und technischen Ortung sowie vielen weiteren katastrophenschutzrelevanten Themen. Der aktuelle Ausbildungsstand muss in regelmäßigen Abständen durch Prüfungen nachgewiesen werden.

Intensive Zusammenarbeit

Der Freistaat Sachsen regelt im sächsischen Brand- und Katastrophenschutzgesetz (SächsBRKG) die Rettungshundearbeit im Katastrophenfall. Die DRK Rettungshundestaffel Leipzig und BRH Rettungshundestaffel

Sachsen-Ost bilden die Katastrophenschutz-Rettungshundeeinheiten im Sinne dieser gesetzlichen Norm ab.

Zur Unterstützung der sächsischen Polizei bei der Suche nach Vermissten haben sich die anerkannten Hilfsorganisationen im Rettungshundewesen zum »Verband sächsischer Rettungshunde« zusammengeschlossen. Dieser Zusammenschluss der sächsischen Rettungshundestaffeln von Arbeiter-Samariter-Bund, Bundesverband Rettungshunde, Deutschem Rotem Kreuz, Johannitern, der DLRG und dem Technischen Hilfswerk hat es sich zum Ziel gemacht, durch die Bündelung von Ressourcen und gemeinsamen Ausbildungs- und Einsatzgrundsätzen vermisste Personen noch effizienter zu suchen und zu retten.

Im Durchschnitt werden wir circa 40- bis 50-mal pro Jahr durch die sächsischen Behörden alarmiert. Häufigste Einsatzaufgabe ist dabei die Unterstützung der Polizei bei der Vermisstensuche in weitläufigen Waldgebieten am Tag und in der Nacht.

Die gute Organisation und Ausbildungsqualität führt dazu, dass in der sächsischen Rettungshundearbeit unsere »Großschnauzen« überdurchschnittliche Erfolge beim Finden und Retten von Menschen zu verzeichnen haben.



Dr. Jördis Bürger

Kirchenherr und Kultusminister

Karl von Gerber als herausragender Reformpolitiker des 19. Jahrhunderts

// Karl von Gerber – ein Name, der in Dresden und Sachsen bekannter sein könnte, denn er steht für vielfältige Verbindungen zwischen Wissenschaft und Politik sowie zwischen Staat und Religionsgemeinschaften. Er war als sächsischer Kultusminister einer der »Minister in Evangelicis« und hatte für kurze Zeit eine Funktion inne, die wohl dem uns heute vertrauten Amt des Ministerpräsidenten nahekommt. Mit ihm verbindet sich die Neuordnung des sächsischen Volksschulwesens. //

Rechtsprofessor in Württemberg, Thüringen und Sachsen

Carl Friedrich Wilhelm von Gerber, so sein vollständiger Name, wurde vor 200 Jahren, am 11. April 1823 in Ebeleben bei Sondershausen in Thüringen geboren. Er studierte Rechtswissenschaften in Leipzig und Heidelberg. Bereits 1843, im Alter von nur 20 Jahren, promovierte er an der Universität Heidelberg, ein Jahr später erfolgte schon seine Habilitation an der Universität Jena.

Nach kurzer praktischer Tätigkeit als Jurist im »Fürstlichen Amt Eisleben« entschied er sich für die akademische Laufbahn. Er wurde außerordentlicher Professor in Jena, wenig später ordentlicher Professor in Erlangen. Zu diesem Zeitpunkt war er 24 Jahre alt und wohl einer der jüngsten ordentlichen Professoren. Bereits wenige Jahre später veröffentlichte er sein aufsehenerregendes zweibändiges Werk über das »System des deutschen Privatrechts«, in dem er das deutsche Privatrecht streng systematisch-begrifflich und juristisch-konstruktiv darstellte. Es prägte damit die Privatrechtslehre über Jahrzehnte.



// Porträt Karl von Gerber // Kupferstich-Kabinett, SKD © Foto: Deutsche Fotothek / Regine Richter

Sein wissenschaftlicher Erfolg spiegelte sich auch in einer Vielzahl ihm angetragener Professuren wider. Nach vier Jahren in Erlangen folgte er 1851 dem Ruf nach Tübingen, wo er zugleich Vizekanzler, ab 1855 Kanzler der Universität wurde. In dieser Position war er auch Regierungsbevollmächtigter und damit verfassungsmäßiges Mitglied der Zweiten Kammer des württembergischen Landtags. Von 1857 bis zum vorläufigen

Abschluss der Arbeiten 1861 und erneut 1866 wirkte er maßgeblich bei der Erstellung des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches von 1861 mit.

Für kurze Zeit folgte er 1862 einem Ruf als Professor nach Jena und endlich 1863 nach Leipzig, wo er als Professor für deutsches privates und öffentliches Recht sowie Kirchenrecht lehrte. Bereits zwei Jahre später veröffentlichte er mit durchschlagendem Erfolg sein Werk

»Grundzüge eines Systems des deutschen Staatsrechts«, mit dem er auch dem Staatsrecht neue methodische Wege wies. Er bekleidete einige Jahre das Amt des Rektors der Universität Leipzig und war dann Dekan der Juristischen Fakultät. Die Leipziger Zeit bildete den Höhepunkt und zugleich die letzte Station seiner akademischen Laufbahn.

Evangelischer Minister unter einem katholischen Landesherrn

Gerber hatte sich zunehmend politischen Aufgaben gewidmet. Er nahm als Abgeordneter des Landkreises Leipzig 1867 am konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes teil und gehörte 1871 der ersten sächsischen Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche des Königreichs Sachsen an, die ihn zu ihrem Präsidenten wählte.

Schließlich trat er im selben Jahr in den sächsischen Staatsdienst ein. Über 20 Jahre, bis zu seinem Tod am 23. Dezember 1891, führte Gerber dieses Ministeramt und die damit verbundenen Aufgaben eines »Ministers in Evangelicis«. Seit 1876 war er darüber hinaus Generaldirektor der königlichen Sammlungen für Kunst und Wissenschaft. Im März 1891 erhielt er den Vorsitz im Gesamtministerium, in dem die Minister wichtige Angelegenheiten kollektional berieten. Es bildete die oberste Staatsbehörde. Mit dem Vorsitz, der in der Regel dem dienstältesten Minister

übertragen wurde, war keine Vorrangstellung verbunden. Man kann ihn vielmehr als »primus inter pares«, als Ersten unter Gleichen, bezeichnen.

Der »Auftrag in Evangelicis« beinhaltet das landesherrliche Kirchenregiment über die Evangelisch-Lutherische Kirche in Sachsen. Diese war Landeskirche und damit Staatskirche des Königreichs Sachsen. Ihre Leitung war in Sachsen ausgewählten evangelischen Regierungsmitgliedern übertragen, aber eigentlich stand sie dem König zu. Da die sächsischen Landesherren römisch-katholisch waren, konnten sie diese nicht persönlich ausführen. Die Minister in Evangelicis übten die gesamte Leitungstätigkeit über die Landeskirche aus, die auch Stellenbesetzungen, die Verwaltung des Kirchengutes sowie Gesetzgebungsfragen umfasste.

Ablösung der Kirche vom Staat

Die ursprüngliche Schutzfunktion der Staatsgewalt für die junge evangelische Konfession in der Reformationszeit hatten die Fürsten kraft ihrer Territorialgewalt im Laufe des 16. Jahrhunderts auch auf innerkirchliche Angelegenheiten erstreckt. Das erlaubte ihnen in der noch stark geistlich geprägten Gesellschaft, die staatliche Autorität weiter auszudehnen. In der Folge kam es zur Behandlung der Kirche als einer staatlichen Einrichtung mit enger Verflechtung kirchlicher und staatlicher Verhältnisse und einer Verschmelzung der kirchlichen und staatlichen Verwaltung. Im 19. Jahrhundert strebten die Kirchen zunehmend nach Eigenständigkeit. Die Unterscheidung zwischen der aus der Staatssouveränität begründeten Oberhoheit über alle Konfessionen und der nur übertragenen Kirchengewalt gewann an Bedeutung. Sie zielte auf die Trennung



// Von-Gerber-Bau der TU Dresden // Foto: Thomas Robbin

der staatlichen und der kirchlichen Verwaltung. Die Gründung des Norddeutschen Bundes 1867 und des Reiches 1871 initiierten eine zweite Reformphase der Staats- und Verwaltungsorganisation, die aufgrund der engen Verbindung von Staat und Kirche auch die staatskirchenrechtlichen Bereiche erfasste.

Gerber konnte hier mit dem Konsistorialgesetz von 1873 die Eigenständigkeit der evangelischen Kirche befördern und einer Neuorganisation der staatlichen Verwaltung den Weg bereiten. Auf dieser Grundlage entstand erstmals eine eigenständige Kirchenbehörde in Sachsen. Gerber wirkte daran in zwei Funktionen mit: zuerst als Synodalpräsident bei den Beratungen 1871 zum Konsistorialgesetz als Kirchengesetz, danach als Kultusminister bei den Verhandlungen zum Publikationsgesetz. Die Stände hatten die Errichtung einer oberen Kirchenbehörde allein durch Kirchengesetz infrage gestellt und ihre politische Beteiligung an allen den staatlichen Bereich berührenden Fragen im Zusammenhang mit der Errichtung einer neuen Kirchenbehörde gefordert. Sie verwiesen insbesondere auf die beabsichtigte Beteiligung des Landeskonsistoriums an der Schulaufsicht. Dadurch sei das staatliche Aufsichtsrecht über die Schulen berührt und ihre Mitwirkung erforderlich. Gerber kam diesen

Forderungen letztlich durch Vorlage des Publikationsgesetzes nach und konnte dadurch den Reformschritten im Konsistorialgesetz zum Erfolg verhelfen.

Weg zu einem neuen Schulgesetz

Ebenso drängend war die Klärung der Schulfrage und die Erneuerung des Schulwesens in Sachsen. Das bei seinem Erlass vielfach beachtete erste Volksschulgesetz von 1835 hatte das sächsische Volksschulwesen auf eine wesentlich verbesserte Grundlage gestellt. Die staatliche Oberaufsicht erstreckte sich aber nur auf die äußere Verwaltung, die Aufsicht und Leitung der Schule oblag weiterhin den Kirchenbehörden. Weitere Reformforderungen in den Folgejahren wurden kaum aufgenommen. Das Gesetz von 1851 bewirkte wenig Verbesserungen. Die Gesetzesinitiative seines Amtsvorgängers wurde 1869 im Landtag fast vollständig abgelehnt, weil darin die geforderte umfassende Neuordnung des Schulwesens nicht enthalten war. Gerbers neuer Gesetzesentwurf musste daher den hohen, durch die mit der Reichsgründung intensivierten Reformforderungen genügen. Es ist nicht zuletzt seinem politischen Wirken zu verdanken, dass im Ergebnis intensiver Diskussionen das hoch umstrittene Volks-

schulgesetz von 1873 zustande kam. Damit verbunden war auch ein hoher persönlicher Einsatz, denn er hatte infolge von verfassungsrechtlichen Verfahrensfragen der Publikation des Gesetzes zunächst nicht zustimmen können und das sogar mit seinem Rücktrittsgesuch bekräftigt. Am Ende räumte er aber dem politischen Erfordernis den Vorrang ein. Das Gesetz bewirkte wichtige Weichenstellungen. Der konfessionelle Charakter der Volksschule blieb entgegen auch weiterreichender Forderungen erhalten. Durch die erweiterte Verstaatlichung der Schulaufsicht wurde aber eine weitere Ablösung der Volksschule von der Kirche bewirkt. Das Gesetz bildete die Grundlage des Volksschulwesens bis zum Ende der Monarchie 1918.

Auch wenn Gerber die Trennung der Volksschule von der Kirche nicht beabsichtigte, ist sein Beitrag zur Lösung der Frage des Verhältnisses von Staat und Kirche von hoher Bedeutung. Es kennzeichnet ihn als einen der maßgeblichen sächsischen Reformpolitiker des 19. Jahrhunderts in diesem Kontext.



Dr. Jödis Bürger

Dr. Jödis Bürger studierte Rechtswissenschaften in Dresden und arbeitete anschließend als Rechtsanwältin. Sie ist Oberlandeskirchenrätin in der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsen und leitet das Dezernat für Dienst- und Arbeitsrecht und Personalangelegenheiten im Landeskirchenamt. In der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands gehört sie der Kirchenleitung an. // Foto: privat

Botschafter Aserbaidshans besucht Sachsen

Der Botschafter der Republik Aserbaidshan in Deutschland, Nasimi Aghayev, stattete am 1. November 2023 Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner seinen Antrittsbesuch ab. Zum Auftakt des Gesprächs im Ständehaus trug sich der Diplomat in das Gästebuch des Parlaments ein. Sein Amt als Botschafter in Deutschland trat Aghayev 2022 an. Zuvor war er zehn Jahre als Generalkonsul in den USA tätig.



Foto: R. Rietschel

Sächsische Sommersportler geehrt

Am Montag, dem 6. November, würdigten der Landessportbund Sachsen und das Sächsische Staatsministerium des Innern die Leistungen der Aktiven, die in der zurückliegenden Sommersaison erfolgreich waren, sowie die Arbeit ihrer Trainer. Insgesamt gewannen Sportler aus dem Freistaat fast 120 Medaillen bei Europa- und Weltmeisterschaften im Spitzensport und Nachwuchssport. Als Schirmherr der Ehrung lobte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner die Sportlerinnen und Sportler: »Sport ist bei uns im Freistaat Sachsen eine starke, unersetzbare Klammer. Ohne ihn und die zahlreichen Vereine würde der Gemeinsinn noch weiter schwinden. Sehr erfreulich ist auch, dass neben der sportlichen Breite eine exzellente Leistungsspitze vorhanden ist.«



Foto: Kristin Schmidt/LSB

Bildungstage im Sächsischen Landtag

Am 9. und 10. November 2023 besuchten 33 Jugendliche aus ganz Sachsen den Landtag. Sie absolvieren aktuell ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) mit dem Schwerpunkt Politik. Träger und Organisator des FSJ-Politik ist die Sächsische Jugendstiftung. Im Rahmen der zweitägigen Bildungstage im Landtag konnten die Teilnehmer am ersten Tag einer Plenardebatte folgen. Sie erhielten außerdem jede Menge Hintergrundinformationen zum Landtag als Sitz des Parlaments. Bei einem Planspiel am zweiten Tag durften die FSJler schließlich selbst ans Rednerpult treten und ihre eigene Parlaments-sitzung abhalten. In einem Abgeordnetengespräch zum Abschluss der Bildungstage hatten sie die Möglichkeit, Politikern verschiedener Fraktionen Fragen zu stellen.

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:

13.12. – 14.12.2023
31.01. – 01.02.2024
20.03. – 21.03.2024
02.05. – 03.05.2024
12.06. – 13.06.2024

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.

Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5601
AfD
Tel. 0351 493-4201
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
BÜNDNISGRÜNE
Tel. 0351 493-4800
SPD
Tel. 0351 493-5700

Besucherdienst

Anmeldungen für Digital- und Präsenzführungen sowie Planspiele nehmen wir unter Tel. 0351 493-5132 entgegen.

Bürgerfoyer

Ausstellung »DAS PARLAMENT DER SACHSEN« sowie Wechselausstellungen:
Mo. bis Fr. von 9 bis 18 Uhr

Offene Führungen

ohne Anmeldung, jeden 1. und 3. Freitag im Monat, 17 bis 18 Uhr

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133, publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbner vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Jerome Hennersdorf, Rüdiger Soster, Heiner Ridder, Janina Wackemagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 15.11.2023 | Gastautoren: Dr. Jödis Bürger (Evang.-Luth. Landeskirche Sachsen), Claudia Lenk (Deutsche Luftrettung), Axel Klemmer (Rettungshundestaffel Sachsen-Ost)

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der foto-mechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.



www.landtag.sachsen.de/publikationen



www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen



Der Sächsische Landtag auf Twitter: x.com/sax_lt und auf Instagram: instagram.com/sachsen_landtag